

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 10

Artikel: Kommen Sozialdemokratie und Gewerkschaften überhaupt noch weiter? : Neue Technologien und die Folgen
Autor: Ruwwe, Sabine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Treibstoffzollzuschlag finanziert werden.

Lärmdämmung entlang der übrigen Hauptstrassen könnte in Zukunft auch aus den Treibstoffzöllen + Zollzuschlag finanziert werden. Allerdings sollen gemäss Plan des Bundesrates von 1800 Mio. Franken Strassengeldern nur 30 Mio. Franken für den Umweltschutz eingesetzt werden.

8. Chemie im Kochtopf

Vorfälle

- Hormone im Kalbfleisch (aus Futterzusatz),
- Antibiotika im Hühner- und Schweinefleisch (aus Futterzusatz),
- DDT und andere Chlorkohlenwasserstoffe (aus Pflanzenschutz),
- Nitrat im Wintersalat (aus Treibhäusern),
- Blei in Milch und Käse («Autobahn-Heu»),
- Aflatoxin in Nüssen (natürlicher Krebserreger aus Nusskuchen für Tierfutter).

Ursachen

Jeder chemische Fremdstoff in der Nahrung hat einen anderen Ursprung. Generell stammen die meisten Fremdstoffe aus der industriellen Herstellung der Nahrungsmittel, zum Beispiel für die Fleischproduktion in der industriellen Tierhaltung mit importierten Futtermitteln (Ölkuchen, Weizen, Fischmehle) mit Zusätzen (wie Antibiotika, Hormonen) usw.

Forderungen

1. Die SPS unterstützt die Futtermittelinitiative des Zentralverbandes Schweiz. Milchproduzenten: Beschränkung der Futtermittelimporte und vermehrte Futterbasis im Inland. Die SPS huldigt heute nicht mehr dem alten Rappenspalter-Konsumerismus: («Nur das Billigste ist gut genug.») Sie ist bereit, den Mehrpreis zur Erhaltung einer bäuerlichen und natürlichen Nahrungsmittelerzeugung zu zahlen.

2. *Förderung des biologischen und chemiearmen Landbaus.* Dies ist nicht nur eine ideologische Frage, sondern auch ökonomisch gerechtfertigt. Biologischer Anbau ist per saldo oft nicht schlechter als Chemie und Düngereinsatz. Detail zu diesem Kapitel: SPS-Dossier «Chemie im Kochtopf».

9. SP-Postulate

- Das Umweltschutzgesetz ist ein dringend notwendiger Schritt.
- Der Vollzug mit Verbandsklage und Behördenbeschwerde ist unumgänglich. Ohne die Möglichkeit für die Umweltverbände, Beschwerde führen zu können, bleibt das Gesetz eine Feuerwehr ohne Schläuche. Deshalb braucht es eine Umweltinitiative gegen das Waldsterben. Die SPS unterstützt im weiteren
- die Energieinitiative
- die Atominitiative II
- die Rothenthurminitiative
- die Stadt-Land-Initiative
- die Futtermittel-Initiative.

Kommen Sozialdemokratie und Gewerkschaften überhaupt noch weiter?

Neue Technologien und die Folgen

Von Sabine Ruwwe

Die Frage nach den Folgen von neuen Technologien steht schon längere Zeit im Raum. Noch immer gehen Sozialdemokratie und Gewerkschaften dieses Thema nur mit grösster Zurückhaltung an. Nicht nur in der Bundesrepublik. Immer wieder schiebt sich Pragmatismus in den Vordergrund, wozu die Erpressung mit den Arbeitsplätzen Vorschub leistet. Mit dem Arbeitsplatzargument werden bald jeder politische Blödsinn und die schwersten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Unterlassungssünden gutgeheissen, selbst wider besseres Wissen. Sabine Ruwwe zeigt in der folgenden Arbeit die Folgen dieser defensiven Politik und was dagegen zu unternehmen wäre. Sabine Ruwwe (36) hat Industriekaufmann gelernt. Von 1975 bis 1980 war sie Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Hessen-Süd, zuständig für Energie- und Umweltpolitik. Sie ist Hauptverfasserin der «Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept», das der SPD-Bundesparteitag 1979 beschlossen hatte.

Die Ökologiediskussion und die Diskussion um Fragen einer wirksamen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik haben einige neue, immer aktueller werdende Fragen herauskristallisiert, die in der SPD zu neuen Denk- und Strategieansätzen Anlass geben müssten:

- Es geht nicht allein um eine allgemeine Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik schlechthin, sondern diese Kritik ist radikaler, als es nach traditionellen linken und marxistischen Denkkategorien möglich war.

● Die aktuelle Wachstums- und Technologieskepsis enthält letztlich eine Kritik am Industriesystem; diese Kritik trifft das kapitalistische und das sozialistische System bzw. Sozialismusvorstellungen gleichermaßen (insofern sind progressive wie konservative Lösungsansätze möglich).

● Die bisher von Linken in der SPD angebotenen, fast ausschliesslich ökonomistischen Strategieansätze reichen nicht aus, um das in der Wachstums- und Ökologiediskussion enthaltene Unbehagen am gesellschaftlichen System aufzunehmen und zu reflektieren. Es handelt sich nämlich nicht bloss um eine ökonomische, sondern um eine Wertekritik von philosophisch-kultureller Tragweite.

● Bestimmte, von Linken in der SPD mehr oder weniger als wert- und systemneutral behandelte Bereiche wie Wissenschaft, Forschung und Technologie haben ihre ideologische Unschuld verloren und werden zunehmend kritisch auf ihre gesellschaftliche Funktion hinterfragt.

Daraus leiten sich zahlreiche Fragenkomplexe für SPD und Gewerkschaften ab, die teilweise erst in jüngster Zeit sozusagen als offizielles Problem und nicht als blosses Hobby-Problem einiger spinnerter Theoretiker gesehen werden:

- die Frage nach der Daseinsberechtigung bestimmter Produkte und Produktionsformen und damit die Frage nach der Notwendigkeit des Verzichts auf bestimmte Arbeitsplätze,
- die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer weiteren unbegrenzten Steigerung der Arbeitsproduktivität,
- die Frage nach der technologischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation und die Lage des einzelnen am

Arbeitsplatz und im täglichen Leben,

- die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft, Forschung und Technik,
- die Frage nach einer demokratischen und humanen Gesellschaft ohne oder mit nur beschränkten Wachstumsraten.

Ursachen für den Mangel an sozialistischer Strategie bei Ökologie und Technologie

Die Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg und die Blütezeit industriellen Wachstums sowie das Erreichen einer sogenannten Wohlstandsgesellschaft liessen in den fünfziger und sechziger Jahren solche «zersetzenden» Fragen wie die nach der ökologischen und kapitalistischen Krise erst gar nicht aufkommen, obwohl die Arbeitnehmer vor allem in den Ballungsgebieten schon immer gesundheitliche Belastungen zu ertragen hatten.

Die Entwicklung der Produktivkräfte war zunächst qualitativ so gering, dass die schrankenlose Produktivkraftentfaltung als unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung der materiellen Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse erscheinen konnte. Infolgedessen herrschte innerhalb der Arbeiterbewegung die Vorstellung vor, dass die Produktivkräfte im Kapitalismus sich «an sich richtig» entwickeln und «nur» die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere der Arbeitsorganisation, mit Hilfe der organisierten Arbeitermacht beseitigt werden müssten, so dass das Problem der sozialen Gegenmacht-Organisation, der politischen Machteroberung in das Zentrum einer antikapitalistischen Strategie rückte. Die *stofflich-materielle* Seite der Kapitalverwertung

blieb zwar nicht gänzlich unbeachtet, aber nachrangig.

Die ökologischen Auswirkungen schrankenloser Ausweitung der kapitalistischen Produktion hatten noch nicht jenes global gesamtgesellschaftliche, bedrohliche Ausmass erreicht, so dass Umweltbelastungen, Raubbau an Rohstoffen usw. lokal oder regional relativ begrenzt blieben und durch Freizeit und Erholung des Naturhaushalts auszugleichen waren (immerhin konnte man bis in die 50er Jahre hinein noch in Flüssen und Seen baden).

Die bisherigen sozialistischen Strategieansätze werden von linken «Ökologen» (auch in der SPD) unter anderem wegen ihrer Fixierung auf die «Eigentumsfrage» kritisiert.

Das traditionelle Instrumentarium sozialistischer Wirtschaftspolitik, das auf Macht und Einfluss in der Führung der sozioökonomisch bestimmenden Grossindustrie zielt, das von Verstaatlichung über Investitionslenkung und Mitbestimmung bis zu den bescheidenen Strukturräten reicht, erweist sich lediglich als Eindringen *anderer* Eliten in die Führungsspitze, wenn es nur auf Machtausübung innerhalb bestehender Strukturen angelegt ist, nicht auf grundlegende *Änderung der Produktionsprozesse und Produkte*. Solche Änderungen können aber denen, die auf einen *utilitaristisch-szientistischen** Fortschrittsbegriff festgelegt sind, nicht in den Sinn kommen; sie erkennen ja (richtig), dass die Grossunternehmen den «technischen Fortschritt» produzieren.

Abgesehen davon, dass dieses traditionelle Instrumentarium sozialistischer Wirtschaftspolitik angesichts der von der Krise der Industriegesellschaft begünstigten konservativen Tendenz zunehmend illusorisch wird, wie die Verfemung der Begriffe Verstaatlichung und Investi-

tionslenkung zeigt, beruht es letztlich auf dem vereinfachten Begriff vom gesellschaftlichen Gegensatz als dem zwischen Kapital und Arbeit. Der mag zu Marxens Zeiten eine angemessene Näherung dargestellt, sich auch als fruchtbare Hypothese zur Gewinnung grundsätzlicher Erkenntnisse erwiesen haben, ist aber unzureichend für die Beschreibung der heutigen Industriegesellschaft. Er verdeckt das Eigengewicht der privilegierten Eliten, die von der naturwüchsig hierarchischen Strukturierung grosser, vernetzter Organisationen erzeugt werden und zu deren Interesse — sie mögen mit unterschiedlicher Zielsetzung angetreten sein — auch die Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft wird. Rudolf Bahro hat wohl am umfassendsten und überzeugendsten die Gesetze von Elitenherrschaft dokumentiert, die sich *unabhängig von den Eigentumsverhältnissen* auf zentralistischen Wirtschaftsstrukturen aufbauen.

Inhalt der Technik ist entscheidend

Bisher wurden die Entwicklung und der Einsatz von Technologie von SPD und Gewerkschaften wie auch von SPD-Linken kaum als eine für sozialistische Strategien massgebliche Frage betrachtet, sondern als mehr oder weniger «klassenneutral». Die Auffassung aber, «Nicht die Technik ist schlecht, sondern ihre Anwendung», und deshalb müsse man die Macht über ihre scheinbar «richtige» Nutzung anstreben, verkennt, dass auch die Entwicklung darüber, welche Technologie sich durchsetzt, von ökonomischen Interessen vorgegeben ist. Es ist nicht bloss ein Problem der Anwendung, sondern ein Problem der Inhalte von Technik. Produktionstechniken und technischer Wandel werden,

wie bereits Marcuse darstellte, zur Stabilisierung von Herrschaft und von Produktionsverhältnissen eingesetzt, und damit sind sie nicht «klassenneutral». Die bisherige Diskussion um die Bewältigung des Technologieproblems bestand überwiegend darin, die «negativen» Auswirkungen des «technischen Fortschritts» (Gesundheits- und Umweltschäden, Arbeitsplatzverlust, Zunahme von physischem und psychischem Stress) mit «positiven» Auswirkungen (Steigerung der Produktivität, wirtschaftliches Wachstum, Erleichterung des Lebens- und Arbeitsalltages) gegeneinander aufzurechnen, und blieb damit oberflächlich.

SPD und Gewerkschaften müssen sich aber in Zukunft auf eine Strategie der tatsächlichen *Lenkung und Beeinflussung von technischen Innovationen* einlassen und sich nicht mehr passiv damit abfinden, dass «technischer Fortschritt» in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen hat und damit im Endeffekt mehr Inhumanität herbeigeführt als überwunden hat.

Dabei geht es nicht darum, Technik im Sinne von wissenschaftlichen Erkenntnissen überhaupt zu unterlassen. Vielmehr muss die Kritik an Methode und Struktur der herrschenden Wissenschaft und Technik zur Grundlage einer prinzipiell anderen — einer humanen, nicht unterdrückenden, nicht ausbeuterischen Technik werden. Insbesondere in der Diskussion um die Atomtechnologie wurde herausgearbeitet, welche gesellschaftlichen Probleme die Festlegung auf eine *Grosstechnologie* schaffen würde und schafft:

● Der Einsatz hochkomplizierter und gefährlicher Technologien wie der Atomenergie schafft die Legitimation für die Einschränkung von Rechten und Spielräumen der in diesem

Bereich Beschäftigten z.B. durch Streikverbot oder Überprüfung der «Zuverlässigkeit» der Betroffenen.

● Hochkomplizierte und teilweise gefährliche Technologien begünstigen eine elitäre Technokratie, deren Praxis die Zuständigkeit demokratischer Regierungen zerstört und die Teilnahme der Bevölkerung an Entscheidungsvorgängen ausschliesst; dies fördert Bürokratie und Entfremdung und konzentriert immer mehr Macht in immer weniger Händen.

● Die wirtschaftlichen und sozialen Risiken einer Gesellschaft wie auch die Störanfälligkeit dieses Systems sind hoch.

● Sind erst einmal die Erstinvestitionen für die Entwicklung und Inangangsetzung einer Grosstechnologie getätigt, so fordert der Erhalt und Weiterbetrieb immer neue und höhere Finanzmittel; je höher die Investition, um so weniger ist die Legitimation neuer Ausgaben notwendig.

● Die Sachzwänge einer komplizierten Technologie engen den Entscheidungsspielraum der Politiker immer mehr ein — die Sachzwänge verselbständigen sich und entziehen sich politischer und demokratischer Kontrolle.

● Eine zunehmende Technisierung und Automatisierung aller Lebensbereiche *macht die Menschen abhängig von der Technik* und beraubt sie eines grossen Teils an Selbstverwirklichung und Autonomie.

● Die Übertragung «westlicher» Technologien auf Länder der Dritten Welt zum Zwecke der Industrialisierung nach kapitalistischem Vorbild heisst nichts anderes als *Transfer kapitalistischer Ideologie*; meist sind diese Technologien nicht arbeits-, sondern in hohem Masse kapitalintensiv und bedeuten eine hohe finanzielle und technische Abhängigkeit

der Einfuhrländer von den kapitalistischen Lieferländern.

Die besonderen Auswirkungen von computergesteuerten Arbeitsprozessen und der elektronischen Datenverarbeitung

Mikroprozessoren können in nahezu allen Arbeitsbereichen eingesetzt werden. Durch die Kombination unterschiedlicher Schaltvorgänge auf einem EDV-Baustein, sogenannten Chips (Rechnen, Datenerfassen, Steuerung von Produktionsvorgängen wie Stanzen, Zusammensetzen, Prüfen usw.), wird nicht nur der gesamte Produktionsbereich der Industrie revolutioniert, sondern auch der gesamte Verwaltungsbereich (Rechnen, Mahnen, Textverarbeitung, Registratur, Korrespondenz, Lohn- und Gehaltsabrechnung usw.). Die Umstellung eines Produktes wie eines Betriebes auf NC-Steuerung bewirkt für betroffene Arbeitnehmer dreierlei:

1. Nach- und vorgelagerte Produktionsbereiche eines Industriezweiges werden betroffen. Bei der Uhrenherstellung z.B., wenn die Mechanik durch Mikrocomputer auf Quarzsteuerung abgelöst wird, entfällt der Bereich der Werkzeugherstellung u.a.m. für feinmechanische Teile. Dasselbe gilt für die Herstellung von Schreibmaschinen, Nähmaschinen und vielen anderen Geräten.

2. Herkömmliche Produktionsweisen werden abgelöst. Das heisst, dass auch herkömmliche Berufsqualifikationen und Ausbildungsbereiche (siehe im Druckereigewerbe) überflüssig werden. Die grosse Produktivitätssteigerung durch neue Technologien entwertet auch Berufserfahrung, handwerkliche, physische und intellektuelle Fähigkeiten. Es besteht eine Tendenz zum völligen Ausschluss des

Menschen aus dem Arbeits- und Produktionsbereich.

3. Die Arbeitsvorgänge im Produktions- und Verwaltungsbereich können extrem normiert, formalisiert und kontrolliert werden. Zunehmende Vereinfachung und Monotonie der Arbeit ermöglicht zugleich für den Arbeitgeber ein neues Lohnsystem und die Herabstufung von Arbeitnehmern um eine oder mehrere Lohn- bzw. Gehaltsstufen.

Der Mythos von der Neutralität der Technik

Dem wissenschaftlichen Denken erscheint das verrufene «Zurück zur Natur» als einzige Alternative zu seinem Fortschrittsbegriff. Zu diesem bequemen, weil undiskutablen Begriff von Alternative verhilft ihm der Mythos vom wertneutralen, autonomen Gesetzen folgenden Fortschritt der Technik, der eine andere Technik ausschliesst. David Dickinson hat jüngst in einer technikgeschichtlichen Untersuchung erdrückende Argumente gegen dieses Dogma zusammengetragen (Alternative Technologie, Strategien der technischen Veränderung, Trikont). Er zeigt, wie technische Entwicklung keineswegs nur zur Steigerung der Produktivität, sondern gleichermaßen zur Stützung hierarchischer Strukturen betrieben wurde, dass Technik stets materiell wie ideologisch eine politische Funktion hatte, die eng mit der Verteilung der Macht und der Ausübung sozialer Kontrolle verbunden ist, dass die im Kapitalismus entstandene Technik dessen Wertesystem reflektiert, in ihre Produkte die Erzeugung bestimmter sozialer Erwartungen eingebaut ist.

Die Auseinandersetzung mit dem *Fortschrittsbegriff* erweist ihre Aktualität am Vordringen des Konzepts alternativer Tech-

nologie, die den Mythos von der Neutralität und Autonomie technischer Entwicklung augenfällig ad absurdum führt. *Alternative Technik ist in das Zentrum der Gegenentwürfe zur heutigen Industriegesellschaft gerückt*. Sie erwächst nicht aus einer Konstruktionsanleitung, sondern aus einem Satz emanzipatorischer Kriterien, in deren Mittelpunkt die Selbstverwirklichung der Menschen in überschaubaren Gemeinschaften steht, ihre möglichste Autonomie gegenüber den Zwängen der Produktion und ihrer Produkte.

Der Charakter technischer Entwicklung im Kapitalismus vermittelt Verwertungszwänge als *scheinbar objektive Sachzwänge*, und zwar betrieblich-produktionsbezogene wie auch politisch-administrative. So steht z.B. die Gewerkschaftsarbeit häufig vor dem Problem derjenigen Auswirkungen, welche die technisch vermittelte Kapitalherrschaft im Bewusstsein der Kollegen anrichtet: die scheinbar undurchdringliche Dingwelt, welche die bombastische Maschinerie darstellt, erscheint als unverrückbar, unveränderbar, eine Art technischer Sozialpartnerschaft als unvermeidbar.

Humane und emanzipatorische Techniken und Technologien müssten nach folgenden Gesichtspunkten entwickelt werden:

- Es müssen Techniken und Produktionsformen gefunden werden, die das Prinzip der Arbeitsteilung in den Dienst der sozialen Bedürfnisse stellen und die Arbeitsteilung dort aufheben, wo sie ihre sozial kritische Grenze überschritten hat.
- Alternative Techniken (und Produkte) müssen überschaubar und durchschaubar sein.
- Sie müssen in der Herstellung dauerhaft und reparier-

bar, sparsam im Energieverbrauch und in der Herstellung sein.

- Die am Arbeitsplatz eingesetzten Techniken müssen den dort Arbeitenden die Möglichkeit geben, sich selbst zu entfalten und nicht ein Anhängsel des Apparats zu sein. Sie müssen sich mit ihrer Arbeit und ihrem Produkt identifizieren können.
- Es dürfen keine unkontrollierbaren Technokratien und Bürokratien durch «Sachzwänge» der Technik entstehen.
- Eine Kritik an «kapitalistischer Technologie» schliesst die Kritik an der Arbeitsteilung ein und damit auch am Produktivitätsfetischismus und am Leistungsdenken.

Zentralisierung und Konzentration von Macht, Ausbeutung der Arbeitskraft, Stress und Machtlosigkeit des einzelnen im technischen Apparat erwachsen aus der Logik der Kapitalverwertung und dürfen nicht in einem demokratisch-sozialistischen Gesellschaftssystem weiterexistieren. Deshalb ist dieser Zustand der Entfremdung nicht plötzlich ein fortschrittlicher, wenn er z.B. in den sich sozialistisch nennenden Staaten des Ostblocks vorhanden ist.

Die technologische Entwicklung steuern

Die Entwicklung humaner und nicht-entfremdender Technologie ist mit staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik nicht zu schaffen, wenn gleich in diese Richtung konkrete Forderungen gestellt werden müssen.

Bisher war es so, dass der abhängig Beschäftigte keine Möglichkeit der Einflussnahme auf Richtung und Gestaltung des «technischen Fortschritts» hatte (auch wenn er sie z.T. mit seinen eigenen Steuern mitbezahlt

hat). Diejenigen — Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure —, die technische Innovationen entwickeln, sind nicht diejenigen, welche die Innovationen zu ertragen haben.

Als erste Vorschläge für eine mögliche Strategie wären zu diskutieren (wobei sich bei eingehender Diskussion wohl noch mehr Vorschläge ergeben werden):

● Staatliche Forschungspolitik muss in Zukunft auf die Entwicklung alternativer humaner Techniken orientieren. Das heisst, dass bei der Entwicklung technischer Innovationen alle Projekte nicht nur auf ihren wirtschaftlichen Nutzen, sondern auch auf ihre zu erwartenden sozialen, ökologischen und sonstigen Auswirkungen hin durchdacht werden.

● Bereits bestehende nicht-staatliche Institutionen, die sich die Entwicklung alternativer Technologien und wissenschaftlicher Ansätze zum Ziel gesetzt haben, sind stärker als bisher von Gewerkschaften und SPD als Berater heranzuziehen und ideell wie materiell zu fördern.

● SPD und Gewerkschaften müssen eine neue bildungs- und hochschulpolitische Offensive vor allem zu Demokratisierung der Hochschulen starten, die die steckengebliebene Diskussion um Wissenschaftskritik, Studieninhalte und Einbeziehung der Arbeitswelt in den Hochschulbereich, insbesondere in die Naturwissenschaften neu belebt.

● SPD und Gewerkschaften dürfen sich nicht scheuen, Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung sowie beabsichtigte technologische Neuerungen von Kapitaleseite zu analysieren, zu kritisieren und gegebenenfalls eigene Gegengutachten zu erstellen. Dazu ist es notwendig, sich stärker als bisher um die Einbeziehung von Wissenschaftlern und Technikern zu

kümmern und diese zu veranlassen, sich in Partei und Gewerkschaft zu organisieren. Die Linke darf keine Scheu davor haben, Wissenschaft, Technik und Forschung zu politisieren.

● Es muss eine neue Initiative zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes eingeleitet werden, so dass die Einführung neuer Technologien nicht mehr nur eine reine Sozialplanangelegenheit für den Arbeitgeber ist, sondern dass der Betriebsrat tatsächliches Vetorecht hat. Desgleichen muss es den Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretern ermöglicht werden, eigene Initiativen und Vorschläge zur Humanisierung am Arbeitsplatz zu entwickeln und durchzusetzen.

● Die Einführung arbeitsplatzvernichtender Technologien muss durch einen Katalog von Ausgleichsmassnahmen und finanziellen Verpflichtungen des Arbeitgebers erschwert bzw. sozial ausgeglichen werden.

Eine solche Strategie muss jedoch letztlich international erfolgen, da dieses Vorgehen sonst mit dem Hinweis auf den «internationalen Wettbewerb» unwirksam wird.

Produktion und Produkte

Ein humaner Arbeitsplatz darf nicht nur die Funktion erfüllen, materielle Sicherung zu bieten, er kann nur dann ein humaner Arbeitsplatz sein, wenn

1. das Ziel einer dem Menschen angepassten Arbeitsplatzgestaltung verwirklicht worden ist durch

- Mitbestimmung im Betrieb und Mitgestaltung am Produkt,
- keine extrem aufgelösten und als Gesamtheit nicht durchschaubaren Arbeitsvorgänge,
- kooperative Arbeitsteilung,
- Ausschluss von Monotonie und Stress,

— Kommunikation mit den Kollegen;

2. auch die Inhumanität des Produkts, d.h. gesundheits-schädliche, umweltschädliche und sozial unnütze Auswirkungen ausgeschlossen sind.

Das bedeutet, dass eine ganze Reihe von Produktionsbereichen auf ihre weitere Daseinsberechtigung zu prüfen sind, wenn man eine *ökologische und arbeitswertorientierte Produktion* zur Grundlage macht. Es ist unumgänglich, darüber zu diskutieren, dass bei einer umwelt- und menschenfreundlichen Produktion notwendigerweise auf bestimmte Güter und evtl. Dienstleistungen und damit auf viele heute noch bestehende Arbeitsplätze verzichtet werden muss. Gleichzeitig muss dargestellt werden, dass eine umwelt- und menschengerechte Produktion neue Arbeitsbereiche erschliesst, die bisher als wenig profitträchtig angesehen wurden:

- integrierte Systeme der öffentlichen Güter- und Personenbeförderung,
- Bereiche der nichtkommerziellen musischen und kulturellen Betätigung und der Erwachsenenbildung,
- Bereiche der «Ressourcen-Pflege» (sparsamer Umgang mit Energie, Wasser, Boden, metallischen und nichtmetallischen Rohstoffen usw.) als mögliche neue technische und wissenschaftliche Berufe.
- Bereiche der Lebenshilfe sowie der Freizeitgestaltung, um nur einige Einfälle zu nennen.

Etwas provozierend sei hier festgestellt, dass die bisher in der SPD wie auch den Gewerkschaften als ausserhalb jeder Kritik betrachtete Forderung des «Rechts auf Arbeit» der genauen Nachfrage nicht standhalten kann, was denn darunter zu verstehen sei — doch wohl kein bloss justiziables Recht?

Sollte darunter das Recht auf einen Arbeitsplatz verstanden werden, so sollte man sich daran erinnern, das *nicht irgendein Arbeitsplatz, sondern die Selbstverwirklichung des Menschen* das Ziel war. Sollte das Recht auf Einkommen gemeint sein, so fragt es sich, warum es dann nicht gleich so heisst. Dann läge allerdings der Gedanke nahe, Lebensunterhalt bzw. Einkommen auch ohne Arbeitsleistung zu haben. Dies wird weder von der SPD noch von den Gewerkschaften vertreten. Es stellt sich dann die Frage, ob denn *Arbeit* notwendigerweise der Inhalt des Lebens sei und was *Arbeit* eigentlich heisst (Beschäftigung, Betätigung, Aktivität, Aufgabe . . .?).

In letzter Zeit — vor allem unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise — hat es sich eingebürgert, jeden politischen Unsinn auch mit der «Sorge um Arbeitsplätze» zu begründen. Die Inflationierung des Arbeitsplatzprimates droht zum Instrument für die Durchsetzung reaktionärer und ökologisch bedrohlicher Politik zu werden. Sozialdemokraten und Gewerkschafter dürfen dieser Entwicklung nicht durch programmatische Enthaltensamkeit Vorschub leisten.

In diesem System des ökologischen Gleichgewichts muss die Produktion von gebrauchswertorientierten Gütern Vorrang haben vor tauschwertorientierten Gütern. Dazu ergeben sich Kriterien wie:

- Sind die Produkte wirklich erforderlich?
- Sind die Materialien (Rohstoffe, Energie) zur Herstellung erneuerbar (oder praktisch unendlich vorhanden), oder verbrauchen sie endliche Vorräte so stark, dass das Produkt ohne längerfristige Perspektive ist?
- Wie hoch ist die Schadstoffproduktion? Sind diese

Schadstoffe leicht oder schwer zu beseitigen?

- Wird eine positive «Mitproduktivität» der Natur gewährleistet?
- Werden ökologische Belastungen in anderen Ländern erzeugt?

Steigerung der Produktivität — für wen?

Technische Entwicklungen werden in allen Bereichen der Wirtschaft durchweg zur Steigerung der Produktivität eingesetzt und «Rationalisierung» genannt. Produktionsprozesse werden effektiver und «rationaler» gestaltet. Diese Effektivität und Rationalität wird jedoch im Kapitalismus nur an der Rationalität der Kapitalverwertung gemessen. Entsprechend diesem Ziel können sich in der Arbeitswelt dann nur Neuerungen durchsetzen, die der Kapitalverwertung förderlich sind. Produktivitätssteigernde Rationalisierungen haben für den Arbeitnehmer mehrere Folgen:

- höhere Ausbeutung seiner physischen, psychischen und geistigen Arbeitskraft;
- Verlust seines Arbeitsplatzes
- Überflüssigwerden seiner Arbeitskraft durch völlig neu organisierte Arbeitsprozesse (und damit mögliche Arbeitslosigkeit), wenn nicht gleichzeitig in anderen Bereichen neue gleichwertige Arbeitsplätze entstehen.

Die undifferenzierte Betrachtung der Produktivitätssteigerung als gesellschaftlichen Fortschritt und die alternativlose Übernahme dieses Prinzips in Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaftsform mag ihre Ursache auch in der von Marx übernommenen Fortschritts- und Technikgläubigkeit haben, die ausging von der Annahme, dass Rohstoffquellen unerschöpflich und die Natur unbegrenzt beherrschbar sind.

Im Kapitalismus wird die Rationalisierung der Arbeitsprozesse (= mehr Arbeitsleistung in kürzerer Zeit) mit dem Wettbewerb der Einzelkapitalisten untereinander begründet, sie verschafft dem einen Kapitaleigner Konkurrenzvorteile gegenüber seinem Mitbewerber. Welche Legitimation aber würde eine Rationalisierung der Produktion im Sozialismus erhalten, wenn es nicht um kapitalistische Wettbewerbsvorteile geht?

Eine Antwort wäre: Verkürzung der Arbeitszeit. Will man jedoch das Prinzip der Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz umsetzen, so kann eine zunehmende Rationalisierung, Arbeitsteilung und Spezialisierung dem gerade entgegenstehen, und die Verkürzung der Arbeitszeit wäre demgegenüber kein gleichwertiger Ausgleich.

Deshalb ist hier die Frage zu stellen, welche Form der Produktivitätssteigerung bei welchen Produkten und zu welchem Ziel vertretbar ist. *Dass die Steigerung der Produktivkräfte nicht, wie die Altvorden der sozialen Bewegung gehofft haben, den Kapitalismus überwinden half, sondern eher zu seiner Stabilisierung geführt hat, muss von der modernen Arbeiterbewegung noch strategisch-programmatisch verarbeitet werden.* In vielen Bereichen dient die Steigerung der Arbeitsproduktivität nur noch dazu, unsinnige und die Umwelt belastende Produkte noch schneller und noch schlechter herzustellen.

Ähnliches gilt für die zunehmende *Arbeitsteilung*, die ihre Rationalität in vielen Bereichen bereits überschritten hat und fast keinen gesellschaftlichen Nutzen (Arbeitszeitverkürzung, Arbeitserleichterungen oder kostengünstigere Produktion) mehr hervorbringt.

Als Alibi für ungehemmte Rationalisierung wird oft die extreme Exportabhängigkeit ge-

nannt. Sie muss durch Wirtschaftswachstum kompensiert werden, das heißt: zusätzliche Güter und Dienstleistungen, gleich welcher Art, müssen geschaffen und also konsumiert werden, um Arbeit zu beschaffen. So räumt die Weltmarktwirtschaft auf mit dem altmodischen Sinn der Arbeit, Güter zur Befriedigung von Bedürfnissen zu schaffen. Die Absurdität dieser Kette von Zwängen offenbart sich zusätzlich darin, dass sie ihr Ziel sicher verfehlt: sie wird in Zukunft zu immer *weniger Arbeit* führen.

Eine Sozialdemokratie, die die Prämissen dieser totalen Tausch-Ökonomie akzeptiert, kann angesichts der von dieser Ökonomie diktierten Zwänge letztlich nur eine in Nuancen von den bürgerlichen Parteien verschiedene Politik machen.

Produktivitätsentwicklung begrenzen?

Steigerung der Produktivität und Arbeitsteilung muss für Sozialisten dort ihre Grenzen haben, wo sie inhuman wird, die Selbstverwirklichung des Menschen ausschaltet und soziale Kosten in einem für die Gesellschaft nicht mehr erträglichen Masse verursacht: strukturelle und langandauernde Arbeitslosigkeit, Entwertung des Selbstgefühls des einzelnen, psychosoziale Konflikte, gesundheitliche und ökologische Probleme. In der Frage der Prinzipien für die ökonomische Basis einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist bei der Entscheidung «Produktivitätsentwicklung oder Selbstverwirklichung des Menschen» das Prinzip Selbstverwirklichung für mich das höherwertige. Die von der christlich-jüdischen Kultur des Abendlandes idealisierte segensbringende Arbeitswut verliert mit der zunehmenden Ausschaltung des Men-

schen aus dem Arbeits- und Produktionsprozess ihre ideologische Grundlage.

In einigen «Wenn-Dann-Sätzen» kann man die Alternativen, die sich diskutieren lassen, andeuten:

● Entweder die Gesellschaft will, dass jeder Mensch seinen Selbstwert findet, indem er arbeitet, oder die Gesellschaft will, dass Güter produziert und konsumiert werden.

● Wenn die Gesellschaft Produktivität, den Ausstoss von Gütern und deren Konsum, als oberstes Prinzip des Wirtschaftens will, muss sie dafür sorgen, dass für den Erwerb dieser Güter die notwendigen Einkommen bereitgestellt werden.

● Wenn die Gesellschaft will, dass die Menschen ihr Menschsein in der Arbeit finden, muss sie humane Arbeitsmöglichkeiten bereithalten und diese gegebenenfalls gegen eine drohende Eliminierung schützen.

● Wenn die Gesellschaft Produktivität als oberstes Prinzip des Wirtschaftens will, muss sie die Kosten und die sozialen Risiken dafür übernehmen.

● Wenn sie diese Kosten und Risiken nicht übernehmen will, muss sie sie entweder an die Verursacher zurückgeben, oder sie muss die Ursachen von Kosten und Risiken so klein wie möglich halten.

Produktivitätsentwicklung ist einfach begrenzt durch begrenzte Abnahmemöglichkeiten von produzierten Gütern (und Dienstleistungen) einerseits und andererseits durch die begrenzte Belastbarkeit der Gesellschaft mit sozialen Kosten und Risiken. Dies ist u.a. eine der Ursachen für die «Wachstumskrise».

Demokratische Gesellschaft bei beschränktem Wachstum?

Unter dem Kapitel Wachstum und Reformen sagte bereits der

Orientierungsrahmen '85 der SPD: «Es können jedoch Situationen eintreten, die einen ernsthaften Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums befürchten lassen. Sozialdemokratische Politik ist darauf gerichtet, dies zu verhindern.

Trotzdem müssen wir auch auf solche Situationen vorbereitet sein.

Verringertes Wirtschaftswachstum ändert die Bedingungen für Reformpolitik:

- Der langsamer wachsende materielle Spielraum erschwert Reformen, die zusätzliche materielle Mittel erfordern, und verzögert sie unter Umständen.
- Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit struktureller Reformen, weil die verfügbaren Mittel sparsamer und gezielter eingesetzt werden und u.U. einschneidendere Prioritäten gesetzt werden müssen, um das Erreichte in seiner Substanz zu bewahren und gleichzeitig die Bedingungen für den künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zu verbessern.

Bei verringertem Wirtschaftswachstum, das mit Beschäftigungseinbußen und einem Rückgang der Nachfrage verbunden ist, bieten die dann notwendigen staatlichen Massnahmen, vor allem die Verstärkung und Erweiterung der öffentlichen Investitionen, die Chance, stärkeren Einfluss auf die Auswahl der zu fördernden Objekte und Massnahmen unter dem Gesichtspunkt der Reformpolitik zu nehmen.

Dabei können Probleme der Durchsetzung entstehen. Der Widerstand der Privilegierten wird um so erbitterter sein, je weniger Massnahmen einer Neuverteilung von Zuwächsen finanziert werden können, je mehr sie also aus einer Umverteilung von Besitzständen finanziert werden müssen.»

Bereits 1975 und früher wurden also von der SPD Schwierigkeiten für Reformpolitik bei sinkendem oder stagnierendem Wirtschaftswachstum gesehen, und eine entsprechende Strategie wurde vorgeschlagen. Aber was ist daraus für die Politik der ehemals sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gefolgt? Nichts! Erst auf dem Münchner SPD-Parteitag im April 1982, ein halbes Jahr vor dem Regierungssturz, gingen Erkenntnisse in die 10-Punkte-Erklärung ein.

Keiner der führenden Genossen kann behaupten, es habe sich niemand um die bevorstehenden Probleme gekümmert, es habe keine Vorschläge, Forderungen und Diskussionsbeiträge gegeben. Die Jungsozialisten und die Parteilinke haben sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit der *Wachstumskrise, der Energie- und Umweltkrise* und dem Problem zunehmender *Arbeitslosigkeit*, vor allem mit der *Jugendarbeitslosigkeit*, beschäftigt und dazu Vorschläge erarbeitet, die zum Teil schon Bestandteil von Parteitagbeschlüssen geworden sind. *Aber die Parteiführung und die Genossen in den verschiedensten Koalitionsregierungen meinten, auf vorhandenes intellektuelles Potential der Partei wie auch der Gewerkschaften als gestaltender Bestandteil realer Politik verzichten zu können.* Statt dessen beklagte man die Zerissenheit und das schlimme «Erscheinungsbild der Partei» und die vielen unnützen theoretischen Diskussionen — aber auf Parteitag beschlachten gerade diese Genossen die Forderung, die SPD müsse wieder «Vordenker» für gesellschaftspolitische Perspektiven sein.

Wenn man bei abzusehenden Krisen auf eine aktive vorausschauende Politik verzichtet und die Vorschläge zu neuen Wegen zurückweist, muss man

sich, wenn die Krise da ist und unübersehbar wird, ihren Sachzwängen unterordnen. Dann sind oft die Möglichkeiten zur Steuerung einer krisenfreieren Entwicklung, siehe Arbeitsmarktsituation oder Energiepreisentwicklung, verbaut.

Der psychosomatische Zustand der Industriegesellschaft

Die teils unbezweifelbaren Segnungen der Industriegesellschaft werden mittels einfacher Verdrängung glorifiziert. Während des Utilitarismus, der Erhebung der Nützlichkeit zum Prinzip des Lebens, Arbeitsleistung zum Wert an sich erhoben hat, sorgt der Szientismus, die positivistische Botschaft von der objektiven Lösbarkeit aller Probleme durch Wissenschaft, für eine Verherrlichung der Reproduktionsbedingungen in der Industriegesellschaft. Wer weiss schon, dass während des Mittelalters die Anzahl offizieller Feiertage die Arbeit auf etwa die Hälfte der Tage im Jahr beschränkte — dass wir uns erst «wieder einem halbwegs normalen und erträglichen Mass der Arbeitszeit nähern» (Hannah Arendt, *Vita activa*).

Nach der Meinung von Erich Fromm («Haben oder Sein») ist die Psychostruktur der kapitalistischen Industriegesellschaft krank. Die moderne westliche Industriegesellschaft geht nach Erich Fromm davon aus, dass der «Haben-Modus» in der menschlichen Natur fest verwurzelt und unveränderbar ist und dass der Mensch von Natur aus faul und passiv sei. Er würde weder arbeiten noch sonst etwas tun, wenn ihn nicht materielle Anreize dazu verlocken oder Hunger und die Angst vor Strafe zur Arbeit antreiben würden. Ein Verdienst der durch die Ökologie- und Wachstumdiskussion entwickelten Kultur- und Zivilisa-

tionskritik ist es jedoch, den «Sein-Modus» als Alternative zum herkömmlichen Wertesystem herausgearbeitet zu haben.

Eine Besonderheit der Industriegesellschaft besteht darin, dass sie zwar den Zugang zu materiellen Gütern gewissermassen demokratisiert hat, den Zugang zur Macht jedoch nach wie vor hierarchisch verteilt. Während bestimmte Güter wie Nahrung, Kleidung für den Konsumenten einen reinen Gebrauchswert haben, gibt es Güter nichtmaterieller Art, die den meisten Menschen durch den Charakter der kapitalistischen Industriegesellschaft versagt bleiben: Anerkennung, Ansehen, Prestige, Zuneigung, Selbstentfaltung.

So werden in dieser Gesellschaft, in der nur eine Minderheit einen anerkannten sozialen Status erreicht, bestimmte Waren zu Statussymbolen und zu einem Ersatz für die von der Gesellschaft versagte Selbstverwirklichung des Individuums. Die Ideologie, durch den Konsum von Waren das Gefühl der Zufriedenheit und des Glücks zu erreichen, wird gleichsam zur Dynamik und zum Motor für das Wirtschaftssystem.

Fortschrittsbegriff überprüfen

Ein gesellschaftlicher Wandel, der die Wirtschaftsstruktur verändern will, ist nicht ohne die Veränderung der ethisch-kulturellen Wertvorstellungen denkbar, da diese gültigen Wertvorstellungen und Prinzipien wie Leistungsbereitschaft, Konkurrenz, Streben nach Macht und Besitz ein entscheidendes, treibendes Element für das Funktionieren des Industriesystems geworden ist.

Die Angriffe auf die Wachstumsgesellschaft, auf GROSSTECHNIK und GROSSORGANISATION,

auf Verbürokratisierung, die Begriffe Vereinfachung, Überschaubarkeit, Dezentralisierung — auch wenn sie zuweilen im Biedermeier-Deutsch vorgetragen werden — erweisen sich in diesem Zusammenhang alles andere als reaktionär.

Sie sind Ausdruck einer überfälligen Überprüfung des Fortschrittsbegriffes, Ausdruck der Rückbesinnung auf dessen sozialetischen, emanzipatorischen Gehalt. So schreibt eine keineswegs kleine Vorhut der breitangelegten Protestbewegung sozialistische Zielsetzungen zeitgemäss fort, setzt an die Stelle des liberalistischen, als Individualismus ausgegebenen schrankenlosen bürgerlichen Egoismus — der sich im ökonomischen Treiben erschöpft und statt Selbstverwirklichung zunehmend Entfremdung beschert hat — die Autonomie kooperierender statt konkurrierender Menschen und wiederbelebt das ursprüngliche sozialistische Leitmotiv.

Eine alternative demokratisch-sozialistische Gesellschaft muss die Ziele *Solidarität und Gleichheit* verwirklichen. Dies bedeutet:

- Freiheit von sozialer Ungleichheit und materieller Not;
- Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, Freiheit von Stress, Monotonie und inhumanen Arbeitsbedingungen;
- Freiheit zur Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und zur Bewahrung der eigenen Persönlichkeit;
- Entwicklung und Unterstützung von musischen, schöpferischen und intellektuellen Fähigkeiten.

Solche Modelle einer konkreten Utopie müssen die Solidarität mit Ländern der Dritten Welt einschliessen und können sich nicht auf den engen bundesdeutschen und westeuropäischen Bereich beschränken.

Was bedeutet ökologisches Denken in der Politik?

Will die Sozialdemokratie die anstehenden Probleme auch nur annähernd in den Griff kriegen, so müssen Prinzipien eines komplexeren politischen Denkens bei der Entwicklung von Lösungsvorschlägen angewandt werden. Sichtbare Ansätze dazu sind schon in einigen wichtigen Parteitagsbeschlüssen, insbesondere in dem Berliner Beschluss «Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept» vorhanden.

Nun war es für Reformpolitiker schon immer wesentlich schwerer, gesellschaftliche Probleme als Anforderung an gesellschaftlichen Veränderungswillen klarzumachen, während Konservative sich auf einfache und plausible, wenig Lern- und Denkfähigkeit strapazierende Antworten beschränken konnten. Reformpolitiker jedoch müssen mehr erklären, aufklären, weniger Ruhe geben, mehr widersprechen, sie müssen mehr Geduld, auch bessere Nerven, bessere Informationen und gelegentlich auch mehr Verstand haben als Konservative. Sie müssen auch in grösseren Zeiträumen und in komplizierteren Zusammenhängen denken können. Diese Fähigkeit wird zur Bewältigung der Beschäftigungs- und Umweltkrise sehr gefragt sein. Ein sozusagen «vernetztes Denken» muss Bestandteil sozialdemokratischer Ökologie- und Wirtschaftspolitik sein.

Ökologische Kategorien in die Politik einzubeziehen heisst zu erkennen, dass in der Vergangenheit grundsätzliche Voraussetzungen und Gesetzmässigkeiten des Naturzusammenhanges missachtet oder bewusst ausgeschlossen wurden, weil die ökologiefreundlichen Lösungen bisher die scheinbar einfacheren und billigeren Lösungen waren. Ökologisch-ökonomi-

ches Denken und Wirtschaften heisst, nicht in bloss linearen, isoliert betrachteten Beziehungen, sondern in vernetzten Beziehungen zu denken. Beispiele dafür: Durch Einfügen eines unpassenden Strukturteils in ein Struktursystem geht ein Gefüge insgesamt kaputt. Auf Deutsch: z.B. steuerbegünstigt eine grosse chemische Fabrik in einer ländlichen Region mit überwiegend Fremdenverkehr anzusiedeln.

Dazu gehört die Beachtung von positiver Rückkoppelung. Siehe das Beispiel Landschaftsverbrauch: Die Landverbauung zieht immer neuen Landverbrauch nach sich:

Landzersiedlung → Strassen bauen, → Verkehrsausweitung → längere Verkehrswege, → Trennung von Arbeit, Woh-

nen, Leben, → Ausweichen in noch nicht zugebaute Fläche u.s.f. bis hin zum totalen Kollaps des natürlichen Raumes. Beachtung von Schwellen- und Grenzwerten, die, wenn sie überschritten werden, nicht mehr rückgängig zu machende Auswirkungen haben, z.B. das Umkippen von Flüssen und Seen, das Aussterben von Lebensformen, die Pleite eines Unternehmens.

Eine eindimensionale Sichtweise ist es auch, die Rohstoff- und Flächenprobleme nur als Preis-, Geld- oder Rechtsfrage zu behandeln. Sie schafft die Tatsache nicht aus der Welt, dass Materie, Energie und Fläche nicht vermehrbar und nicht unendlich sind, aber sie kann die Illusion erzeugen, dass Rohstoff- und Flächenmangel letzt-

lich mit Geld- oder Machtmitteln zu lösen sind.

Als letztes Beispiel für eine vernetzte politische Sicht sei genannt: das Zusammenwirken von Systemen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Was haben z.B. Maniokmonokulturen in der Dritten Welt zu tun mit Agrarüberschüssen in der EG?

Das eine kann die Ursache des anderen werden. Statt dass in Südamerika eine vernünftige gemischt Agrarstruktur aufgebaut wird, die die Landbevölkerung ernährt, werden industriell aufgezogene grossflächige Maniokpflanzungen für den Export von billigen Futterstoffen in die EG angelegt.

(Copyright by Neue Gesellschaft)

Friedensarbeit als Teil des Lebens

USA: Frauen und Friedensbewegung

Von Anne Marie Holenstein

Im Mai 1983 ist nach einer langen Vorbereitungszeit in den katholischen Kirchen der USA ein Brief der Bischöfe zur nuklearen Aufrüstung verlesen worden. Die Bischöfe lehnen darin jeden atomaren Erstschatz ab, selbst wenn er zur Selbstverteidigung erfolgt, und verwerfen die Idee, ein Atomkrieg könnte gewonnen werden. Damit greifen die Bischöfe ganz klar die atomare Verteidigungsstrategie der USA und der Nato an. Bereits der Entwurf des Bischofbriefes ist als das umfassendste Dokument zum Thema Krieg und Frieden bezeichnet worden, das seit Hiroshima in der katholischen Kirche erschienen ist. Solchen Klartext von Bischöfen bin ich nicht gewohnt. Dazu galt die katholische Kirche in den USA

bis vor kurzem als superpatriotisch und regierungskonform. Kardinal Spellmann segnete während des Vietnamkrieges Soldaten und Waffen. Warum ist ein solcher Umschwung angerechnet in der katholischen Kirche der USA möglich geworden? Ich habe einen Aufenthalt in New York und Washington dazu benützt, diesen Fragen nachzugehen. Völlig unvermutet führte mich mein Fragen geradewegs in die Werkstätten von Frauen. Ich möchte in diesem Beitrag diese Erfahrung nachzeichnen.

«Wie sind Sie Peace-Maker geworden?»

In New York und Washington habe ich nach Kontakten mit Menschen gesucht, die als Chri-

sten in der Friedensbewegung engagiert sind. In jedem Gespräch habe ich nach persönlichen Gründen für dieses Engagement gefragt. Die kürzeste Antwort erhielt ich von Cora Weiss: «Ich habe Kinder und möchte Grossmutter werden.» Cora ist Direktorin des Abrüstungsprogramms, das die grosse und bekannte reformierte Gemeinde an der Riverside Church in New York ins Leben gerufen hat. Sie leitet mit Energie und Durchschlagskraft ein grosses Team von Festangestellten und Freiwilligen. Das Team publiziert regelmässig Rundbriefe zur Rüstungsfrage und veranstaltet öffentliche Diskussionen.

An einer Sitzung einer Peace-Making-Gruppe der presbyte-